

Es endet nicht am Stadioneingang

Der Profifußball als Versuchsfeld sicherheitspolitischer Maßnahmen

Von Lara Schauland

Die Bundesregierung hat auf eine [kleine Anfrage der Fraktion Die Linke](#) zu geplanten Verschärfungen bei Stadionverbotsen und Sicherheitsmaßnahmen im Profifußball geantwortet und dabei mehr offenbart, als ihr lieb sein dürfte. Denn zwischen den Zeilen wird deutlich: Der sicherheitspolitische Kurs geht weiterhin in Richtung Verschärfung. Und das, obwohl die eigenen Zahlen etwas anderes nahelegen.

So bestätigt die Bundesregierung selbst, dass die Gewalt im Umfeld von Fußballspielen zurückgegangen ist. Weniger Verletzte, weniger Straftaten, und damit eigentlich ein Befund, der eine Entspannung nahelegen würde. Doch das Gegenteil ist der Fall. Die Zahlen werden durch die Bundesregierung relativiert, das Niveau sei weiterhin »hoch« und weitere Maßnahmen deshalb gerechtfertigt. »Die Bundesregierung plädiert für weitere Verschärfungen, obwohl sie den Rückgang der Gewalt in den Stadien selbst bestätigt. Persönlichkeitsrechte enden nicht am Stadioneingang«, kritisiert Jan Köstering, Bundestagsabgeordneter der Linken. »Sicherheit« werde ungeachtet der Ergebnisse eigener Erhebungen zu einer Dauerkategorie, deren Zweck es sei, weitere Kontrolle und Repressionen durchzusetzen.

Wie diese Politik konkret aussieht, zeigt ein Blick auf die Datei »Gewalttäter Sport«. Dort sind im März 2026 laut Bundesregierung 6.492 Personen gespeichert – nicht nur wegen mutmaßlicher schwerer Straftaten, sondern zu einem erheblichen Teil aufgrund präventiver Polizeimaßnahmen. Identitätsfeststellungen oder Ingewahrsamnahmen reichen demnach aus, um darin erfasst zu werden. Die Eintragung kann bereits bei der Einleitung eines Ermittlungsverfahrens erfolgen. »Aus rechtsstaatlicher Sicht ist die Datei ›Gewalttäter Sport‹ ein massives Problem. Sie operiert mit intransparenten Kriterien – Betroffene wissen häufig weder, dass sie gespeichert sind, noch warum genau. Das widerspricht grundlegenden Prinzipien effektiven Rechtsschutzes«, warnt die Berliner Strafverteidigerin Gloria Holborn, die auf die Vertretung von Fußballfans spezialisiert ist.

Während Fans immer stärker unter Beobachtung geraten, bleibt ein anderer Bereich auffällig unbeachtet: das Handeln der Polizei selbst. In den vergangenen Monaten haben Fans deutschlandweit immer wieder auf gewaltsame Verfehlungen von Polizeibeamten aufmerksam gemacht. Die Bundesregierung offenbart nun, dass es bisher weder eine bundeseinheitliche Statistik über Verletzungen durch Polizeieinsätze bzw. -beamte bei Fußballspielen noch über Ermittlungsverfahren gegen Beamte gibt. Trotzdem sieht die Bundesregierung hier »keine strukturellen Defizite«, die

Zuständigkeitsverteilung entspreche »der föderalen Struktur der inneren Sicherheit«.

Die Schieflage ist ganz offensichtlich. Auf der einen Seite gibt es eine immer feinmaschigere Erfassung und Kategorisierung von Fans, über die der Bundesregierung umfangreiche Daten vorliegen, auf der anderen Seite offenbart sich eine weitgehende Intransparenz staatlichen Handelns. Kontrolle wird damit einseitig organisiert. »Das ist ein erhebliches Transparenzdefizit und rechtsstaatlich schwer zu rechtfertigen«, betont Holborn.

Dass dieser Kurs fortgesetzt werden soll, zeigte auch die Innenministerkonferenz im Dezember 2025. Besonders umstrittene Maßnahmen wie personalisierte Tickets oder biometrische Identifikationssysteme wurden dort zwar nicht auf die Tagesordnung gesetzt, vom Tisch sind sie damit aber keineswegs. Die Bundesregierung begrüßt ausdrücklich, dass die Innenministerkonferenz die Weiterentwicklung und Vereinheitlichung der Stadionverbotsverfahren sowie weitere Maßnahmen zur Stadionsicherheit »weiter vorantreiben will«.

Für viele Fans bestätigt sich damit ein Eindruck, der die Proteste der vergangenen Monate geprägt hat: Die geplanten Verschärfungen sind nicht vom Tisch, sondern lediglich vertagt. Vor der nächsten Innenministerkonferenz im Sommer dürfte die Debatte erneut aufkommen. Die Bundesregierung hält sich dabei bewusst im Hintergrund, unterstützt aber »alle Bestrebungen«, die Sicherheitsmaßnahmen weiterzuentwickeln.

Im Ergebnis zeigt sich damit mehr als nur eine sicherheitspolitische Linie im Profifußball. Die Antwort der Bundesregierung fügt sich in eine Entwicklung ein, in der präventive Eingriffe ausgeweitet und rechtsstaatliche Maßstäbe zunehmend relativiert werden. Dass ausgerechnet der Fußball hierfür als Versuchsfeld dient, ist kein Zufall. Hier lassen sich Maßnahmen erproben, die andernorts auf größeren Widerstand stoßen würden. Die Konstruktion eines vermeintlich gefährlichen kollektiven Subjekts erleichtert es, Eingriffe zu normalisieren und politisch durchzusetzen. Was heute im Stadion gilt, kann später auch darüber hinaus Anwendung finden.

<https://www.jungewelt.de/artikel/521639.fu%C3%9Fballrealit%C3%A4t-es-endet-nicht-am-stadioneingang.html>